



SRG SSR Wahlbarometer

Hauptbericht – Februar 2019



Auftraggeber

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autor/-innen:

Michael Hermann
David Krähenbühl
Michael Lambertus

Andreas Ladner, IDHEAP

Zürich, Februar 2019



Inhaltsverzeichnis

1	Aktuelle Wahlabsicht	3
1.1	Öko-Parteien im Aufwind	3
1.2	Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz zwei	4
1.3	Bewegung vor allem innerhalb der Lager	5
1.4	Faktoren für Wahlentscheid	6
2	Wichtigste politische Herausforderungen	8
2.1	Europa und Klima rücken in den Fokus	8
2.2	Relevant für den Wahlentscheid	9
2.3	Herausforderungen nach Parteiorientierung	12
2.4	Regionale Ausprägung	14
3	Profil der Parteiwählerschaften	16
3.1	Demographie: Geschlecht und Alter	16
3.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen	17
3.3	Ideologische Ausrichtung	19
4	Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten	21
4.1	Departementsverteilung im neuen Bundesratsgremium	21
4.2	Einfluss und Sympathie der Bundesratsmitglieder	23
4.3	Zufriedenheit mit dem Ständerat am grössten	26
4.4	Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte	27
5	Datenerhebung und Methode	31

1 Aktuelle Wahlabsicht

1.1 Öko-Parteien im Aufwind

Das erste SRG Wahlbarometer im Wahljahr 2019 zeigt zwei Parteien, die im Vergleich zu den Wahlen 2015 ihren Wähleranteil deutlich ausbauen können. Am meisten Zuwachs verzeichnen zurzeit die Grünen mit einem Plus von 2,4 Prozentpunkten. Gefragt nach ihrer aktuellen Wahlabsicht geben 9,5 Prozent die Grüne Partei an. Damit liegt die Partei nur einen Zehntelpunkt unter ihrem Rekordergebnis von 2007. An zweiter Stelle folgen die Grünliberalen. 6,4 Prozent der aktiven Stimmberechtigten geben zurzeit an, die GLP wählen zu wollen. Dies entspricht einem Plus von 1,8 Prozentpunkten im Vergleich zu den Wahlen 2015.

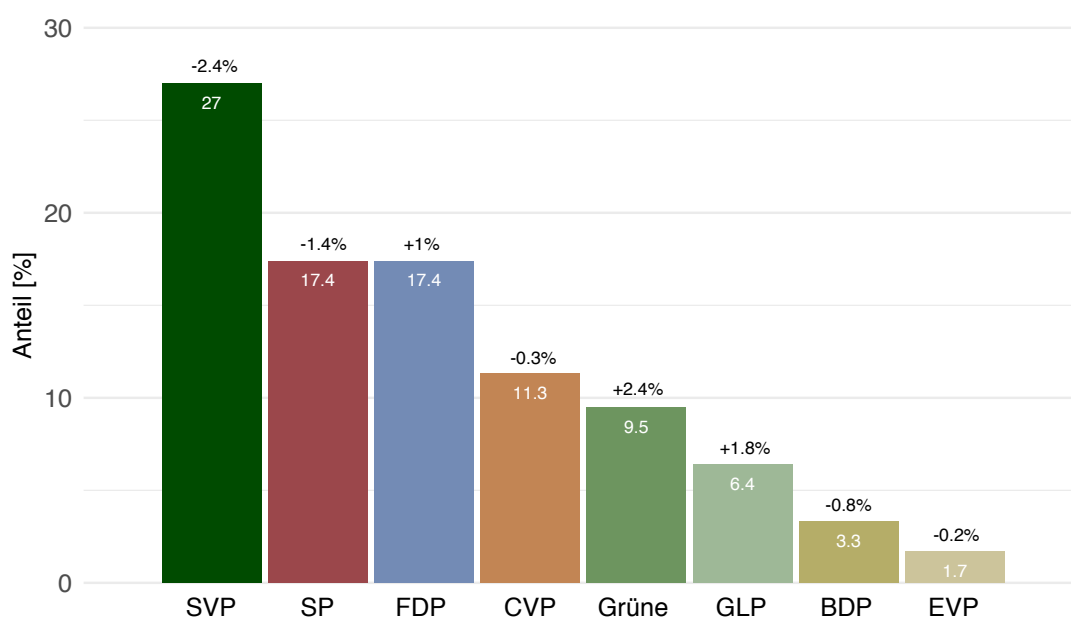


Abbildung 1: Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht

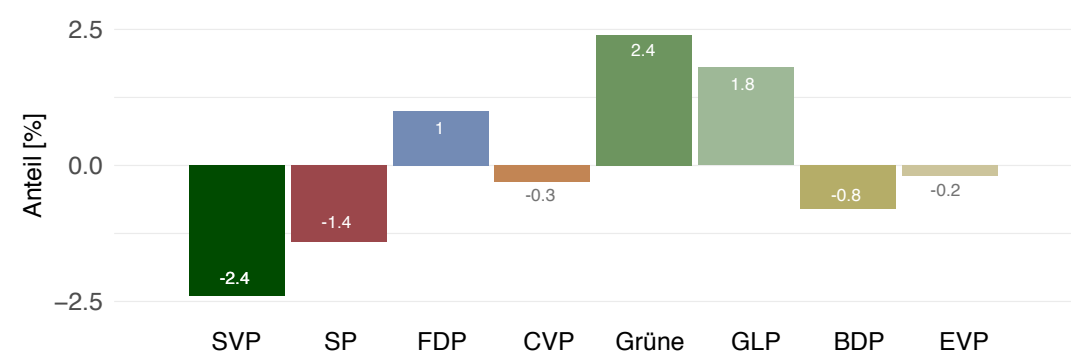


Abbildung 2: Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015

Bereits im SRG Wahlbarometer vom Oktober 2018 hatte sich ein Trend hin zu den beiden Parteien mit einem explizit ökologischen Profil angedeutet. Dieser Trend hat sich seither deutlich verstärkt. Im letzten Wahlbarometer verzeichneten die Grünen und Grünliberalen zusammen ein Plus von 2,7 Punkten, aktuell sind es 4,2. Nachdem beide Parteien bei den Wahlen 2015 einen Dämpfer erlebt hatten, scheint das grüne Label wieder «In» zu sein.

Grösste Verliererin und Gewinnerin zugleich ist gemäss Umfrage die SVP. Mit einem Minus von 2,4 Prozentpunkten muss sie aktuell mit dem grössten Verlust aller Parteien rechnen. Mit einem erwarteten Wähleranteil von 27 Prozent bleibt sie jedoch unangefochten die stärkste Partei.

1.2 Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz zwei

Während der erste Platz beim Wähleranteil unbestritten an die SVP geht, erweist sich das Rennen um Platz zwei gegenwärtig als völlig offen. Gemäss aktueller Wahlabsicht liegen FDP und SP gleichauf bei 17,4 Prozent. Die Chancen, dass die FDP ihr Wahlziel – die SP zu überholen – erreicht, sind intakt. Dies obwohl die FDP in der aktuellen Wahlumfrage nur einen eher bescheidenen Zuwachs von einem Prozentpunkt verzeichnet.

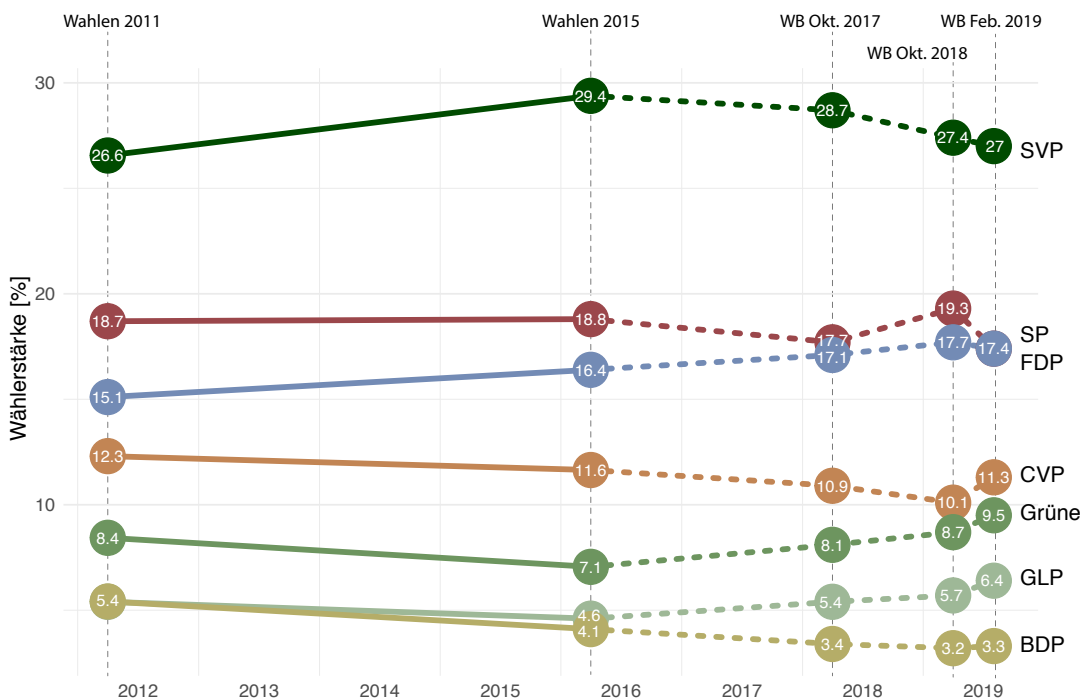


Abbildung 3: Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Wahlen 2007, 2011, 2015, SRG Wahlbarometer 2017, 2018, Feb. 2019)

Es ist insbesondere die SP, die im Vergleich zum letzten SRG Wahlbarometer, wo sie bei +0,5 Punkten lag, mit einem erwarteten Rückgang von -1,4 Punkten schlechter abschneidet.

Durchatmen kann gemäss der aktuellen Wahlumfrage die CVP. Ihr Wähleranteil liegt gegenwärtig bei 11,3 Prozent und damit nur wenig unter ihrem Wahlergebnis von 2015 mit 11,6 Prozent. Gemessen an den Untergangsszenarien, mit denen die Partei immer wieder konfrontiert wird und gemessen am letzten Wahlbarometer vom Herbst 2018, erscheint die relative Stabilität als Hoffnungszeichen für die Partei, die in den nationalen Wahlen seit 1979 mit einer Ausnahme immer Federn lassen musste. Kein Silberstreifen zeigt sich dagegen für die andere Partei der bürgerlichen Mitte. Die BDP liegt gegenwärtig bei 3,3 Prozent was einem Rückgang von 0,8 Punkten entspricht. Alle diese Verschiebungen bewegen sich im für Schweizer Parlamentswahlen typischen engen Bandbereich. Die Schätzgenauigkeit ist vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

1.3 Bewegung vor allem innerhalb der Lager

Die Ergebnisse des SRG SSR Wahlbarometers bringen insgesamt eine leichte Verlagerung der politischen Kräfte von rechts nach links zum Ausdruck.

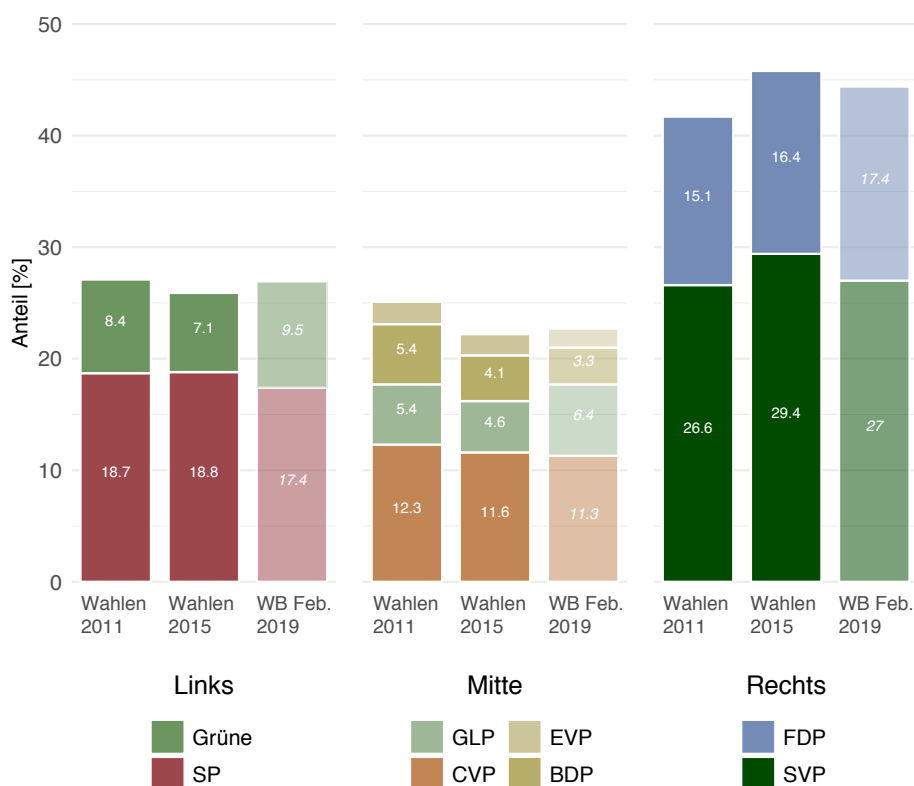


Abbildung 4: Entwicklung der Wähleranteile der drei Lager Links, Mitte, Rechts

SVP und FDP, die beiden wählerstärksten Parteien rechts der Mitte, verlieren insgesamt 1,4 Prozentpunkte, während SP und GP zusammen einen Punkt gewinnen. Diese bescheidenen Verlagerungen zeugen davon, dass die relevanten Verschiebungen gegenwärtig vor allem innerhalb der Blöcke stattfinden. Die Gewinne der Grünen werden durch die Verluste der SP relativiert. Die Verluste der SVP durch die Gewinne der FDP. Bemerkenswert ist, dass die Mitte, die seit einiger Zeit vermehrt unter Druck steht, im aktuellen Wahlbarometer leicht zulegen kann. Die Gewinne der GLP kompensieren die in Prozentpunkten eher geringen Verluste von BDP und CVP.

Wie Abbildung 4 zeigt, handelt es sich bei den aktuellen Wahlabsichten nur teilweise um eine Kompensation des Rechtsrutsches von 2015. Allerdings braucht es wenig, um die hauchdünne Mehrheit von 101 Sitzen, welche die SVP und die FDP gemeinsam halten, zu kippen.

1.4 Faktoren für Wahlentscheid

Aus Sicht der Wählenden ist die politische Ausrichtung der mit Abstand wichtigste Grund für den Entscheid für eine Partei (vgl. Abb. 5).

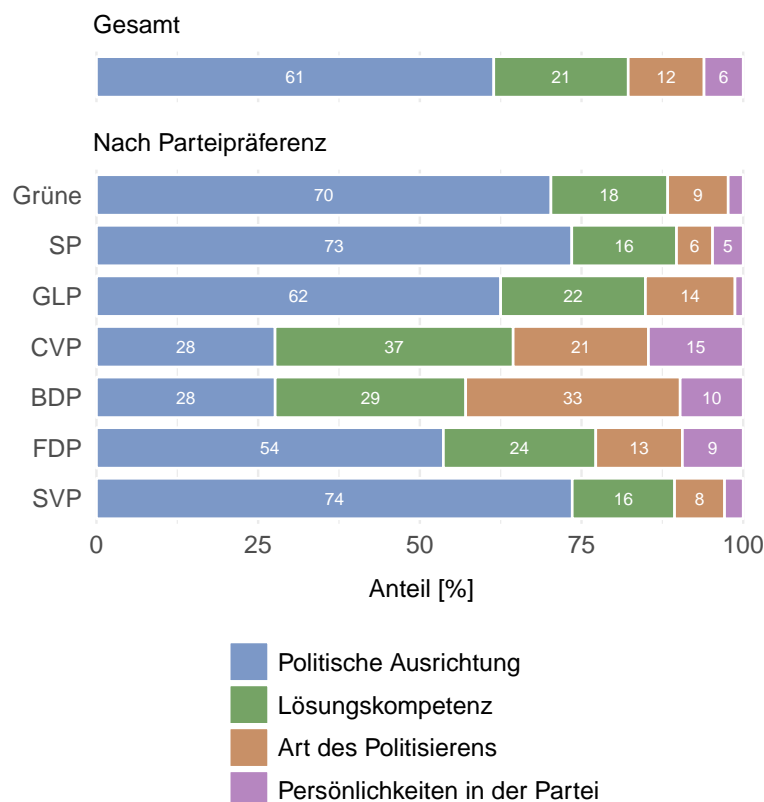


Abbildung 5: Wichtigster Grund für den aktuellen Wahlentscheid

Für 61 Prozent steht dieser Aspekt beim Wahlentscheid an erster Stelle. Demgegenüber ist die Lösungskompetenz einer Partei nur für 21 Prozent der aktiven Stimmberechtigten der wichtigste Grund sie zu wählen. Dies ist nicht erstaunlich, da sich die Parlamentswahlen in der Schweiz nur indirekt auf die Bestellung der politischen Führung im Bundesrat auswirken. Noch weniger zentral als die Lösungskompetenz sind für die Wählenden die Art des Politisierens (12 %) sowie die Persönlichkeiten in einer Partei (6 %).

Am wichtigsten ist die politische Ausrichtung für die Wählenden der SVP. Für rund drei von vier von ihnen ist dies der wichtigste Wahlgrund. Fast ebenso gross ist dieser Anteil bei den Wählenden der SP und – leicht abgeschwächt – bei den Grünen. Deutlich von diesem Grundmuster weichen einzig die Wählenden der CVP und der BDP ab. Bei den beiden Parteien der bürgerlichen Mitte erachten je nur 28 Prozent das politische Profil als entscheidenden Wahlgrund. Bei der CVP wird mit 37 Prozent die Lösungskompetenz als ausschlaggebend genannt, bei der BDP steht für 33 Prozent die Art des Politisierens im Vordergrund.

Die Grünen und die Grünliberalen sind die Gewinner der vorliegenden Wahlumfrage. Wenn es allerdings um die Art des Wahlentscheids geht, unterscheiden sich die beiden Öko-Parteien erheblich.

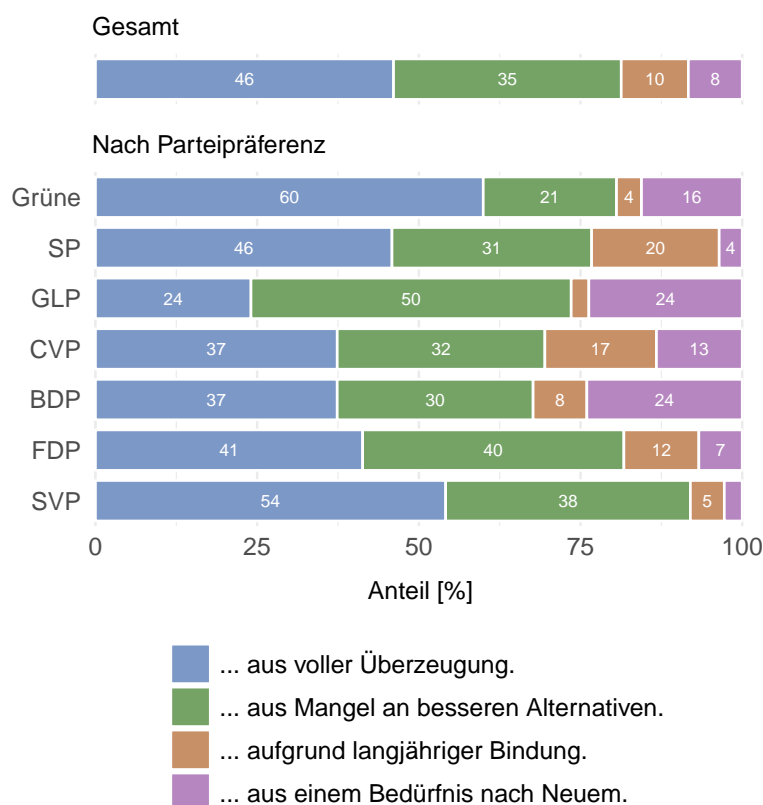


Abbildung 6: Art des aktuellen Wahlentscheids

60 Prozent der Wählenden der Grünen geben an, dass ihr Entscheid für diese Partei aus voller Überzeugung erfolgt sei. Das ist der höchste Anteil aller Parteien. Bei der GLP ist der Anteil der «Überzeugungstäter» mit 24 Prozent dagegen am tiefsten. Jeder bzw. jede Zweite, der bzw. die sich für diese Partei entscheidet, tut dies aus Mangel an besseren Alternativen. Das ist mehr als bei allen anderen. Dies zeigt, dass die Identifikation mit der älteren und linkeren der beiden Öko-Parteien deutlich grösser ist. Typisch für die GLP (aber auch die BDP) ist, dass hier das Bedürfnis nach etwas Neuem besonders oft genannt wird. Auffällig ist, dass eine Wahl aufgrund langjähriger Bindung bei der SP mit 20 Prozent am häufigsten genannt wird, häufiger noch als bei der CVP (17 %). Eine langjährige Bindung kann durchaus als Ausdruck eines stabilen Verhältnisses gesehen werden. Zugleich zeugt diese Art der Parteibindung aber auch von einem eher gewohnheitsmässigen als inhaltlich begründeten Wahlentscheid.

2 Wichtigste politische Herausforderungen

2.1 Europa und Klima rücken in den Fokus

Die Krankenkassenprämien sind aus Sicht der Stimmberechtigten weiterhin eine Top-Herausforderung. Fast jede zweite befragte Person (47 %) zählt die hohen Kosten im Gesundheitsbereich zu den drei wichtigsten Problemen und Herausforderungen der Schweizer Politik. Anders als beim letzten Wahlbarometer vom Oktober 2018 sind die Krankenkassenprämien jedoch nicht mehr das alleinige Topthema. Wesentlich häufiger als noch im Herbst werden als grosse Herausforderung die Beziehungen zur EU genannt. Die Anzahl der Nennungen ist innerhalb von nur vier Monaten von 28 auf 47 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg ist bemerkenswert, denn die Debatte um das Rahmenabkommen, um rote Linien und flankierenden Massnahmen befand sich letzten Spätsommer auf dem Höhepunkt. Aus Sicht der Bevölkerung hat das Thema jedoch noch einmal an Dringlichkeit gewonnen. Offenbar verstärken die allenthalben verhärteten Fronten das Problembewusstsein der Bevölkerung.

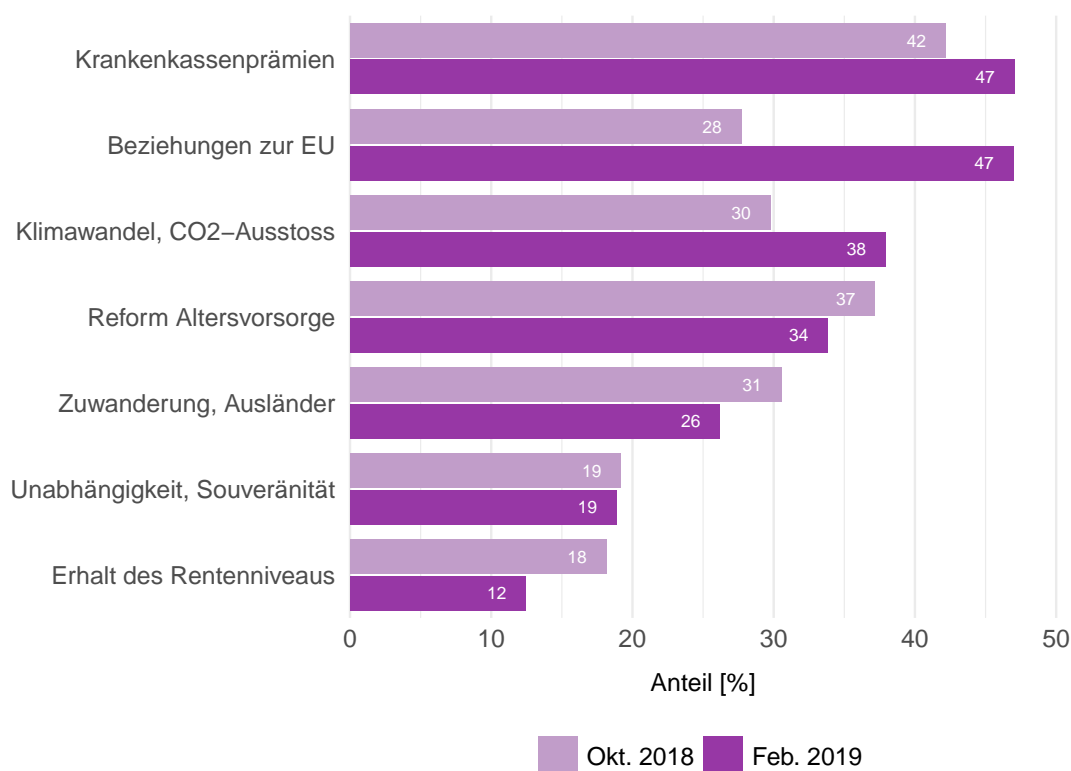


Abbildung 7: Wichtigsten, politischen Herausforderungen aus Sicht der Wählenden – Veränderung

Stark an Bedeutung gewonnen hat in den vergangenen Monaten auch der Themenbereich Klimawandel und zwar von 30 auf 38 Prozent Nennungen. Die Klimapolitik hat dabei die Reform der Altersvorsorge vom Podest gestossen. Generell hat das Rententhema, obwohl politisch noch nicht wirklich gelöst, aus Sicht der Wählenden an Dringlichkeit verloren. Dies zeigt, dass die Problemwahrnehmung der Bevölkerung auch durch die politische Agenda von Bundesrat und Parlament mitgeprägt wird.

Diese Trends zeigen, dass sich das aktuelle thematische Umfeld mehr und mehr von jener Themenlage entfernt, welche die Wahlen 2015 prägte. Damals spielte die Ökologie kaum eine Rolle, während die Migration die politische Debatte dominierte. Die Flüchtlingskrise sowie die ungelöste Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative prägten damals die Stimmung in der Schweiz. Das ehemalige Top-Thema Zuwanderung und Ausländer lag beim letzten Wahlbarometer auf dem dritten Platz. Seither ist es sogar auf den fünften Rang im Themenranking abgerutscht.

2.2 Relevant für den Wahlentscheid

Ein Thema kann als wichtige politische Herausforderung wahrgenommen werden und dennoch für den eigentlichen Wahlentscheid keine Rolle spielen. Die

Stimmberechtigten wurden deshalb gefragt, welche Themen für sie nicht nur wichtig, sondern für ihren Entscheid zugunsten einer Partei auch ausschlaggebend sind. Obwohl die Krankenkassenprämien (47 %) insgesamt deutlich häufiger als wichtige Herausforderung bezeichnet werden als die Klimafrage (38%), wird letzteres ebenso häufig als relevant für den Wahlentscheid angesehen – nämlich von je 23 Prozent der Befragten. Dies zeigt, dass die grosse, wahrgenommene Herausforderung steigender Prämien sich nicht eins-zu-eins auf das politische Verhalten auswirkt. Ähnlich verhält es sich mit der Rentenfrage, die ebenfalls relativ häufig als wichtig angesehen wird, jedoch nicht als relevant für den Wahlentscheid. Mit 26 Prozent Nennungen am wichtigsten für den Wahlentscheid ist gegenwärtig das Thema Europa.

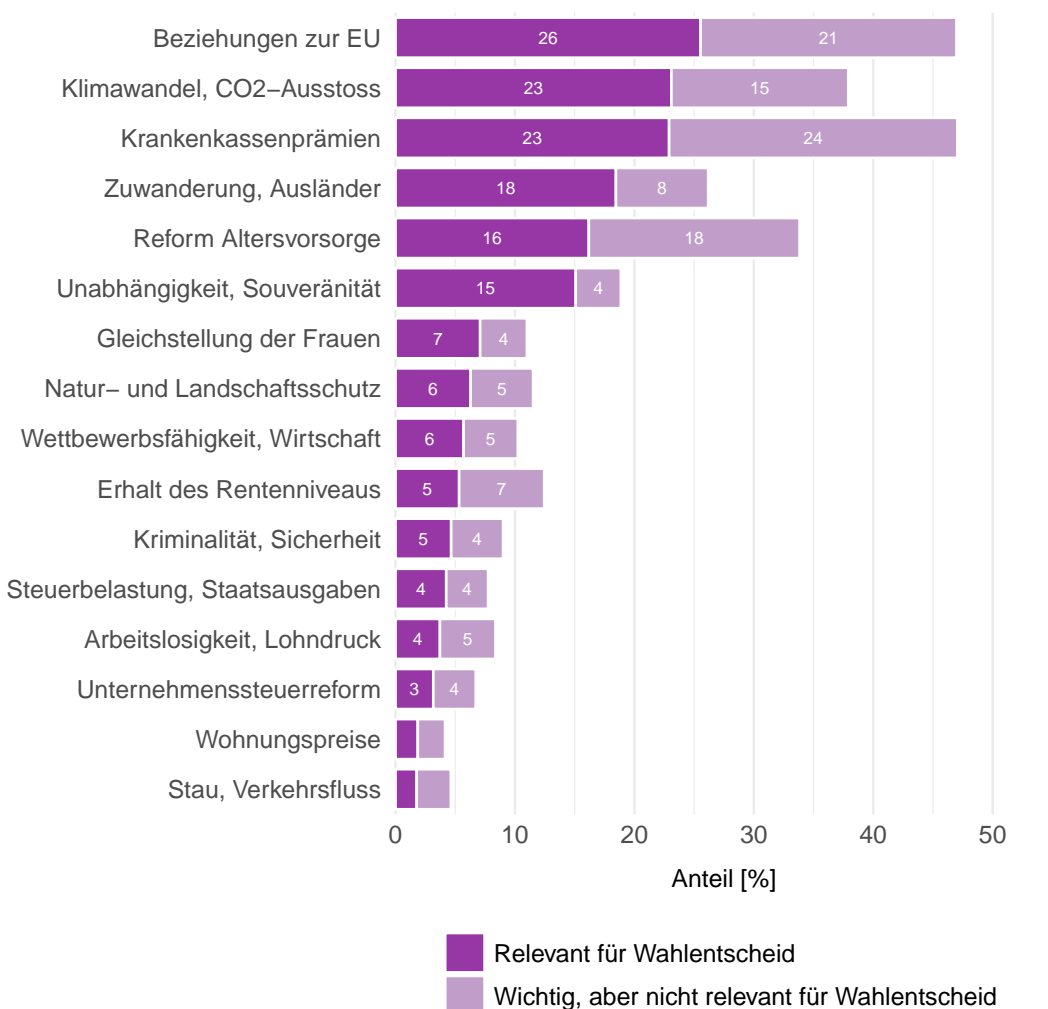


Abbildung 8: Politische Herausforderungen nach Relevanz für den Wahlentscheid

Die vier Themen mit der höchsten Relevanz für den Wahlentscheid sind ideologisch unterschiedlich ausgeprägt. Wie Abbildung 9 zeigt, ist die Migrationsthematik

vorwiegend für Personen wahlrelevant, die sich selber ganz rechts im politischen Spektrum einordnen.

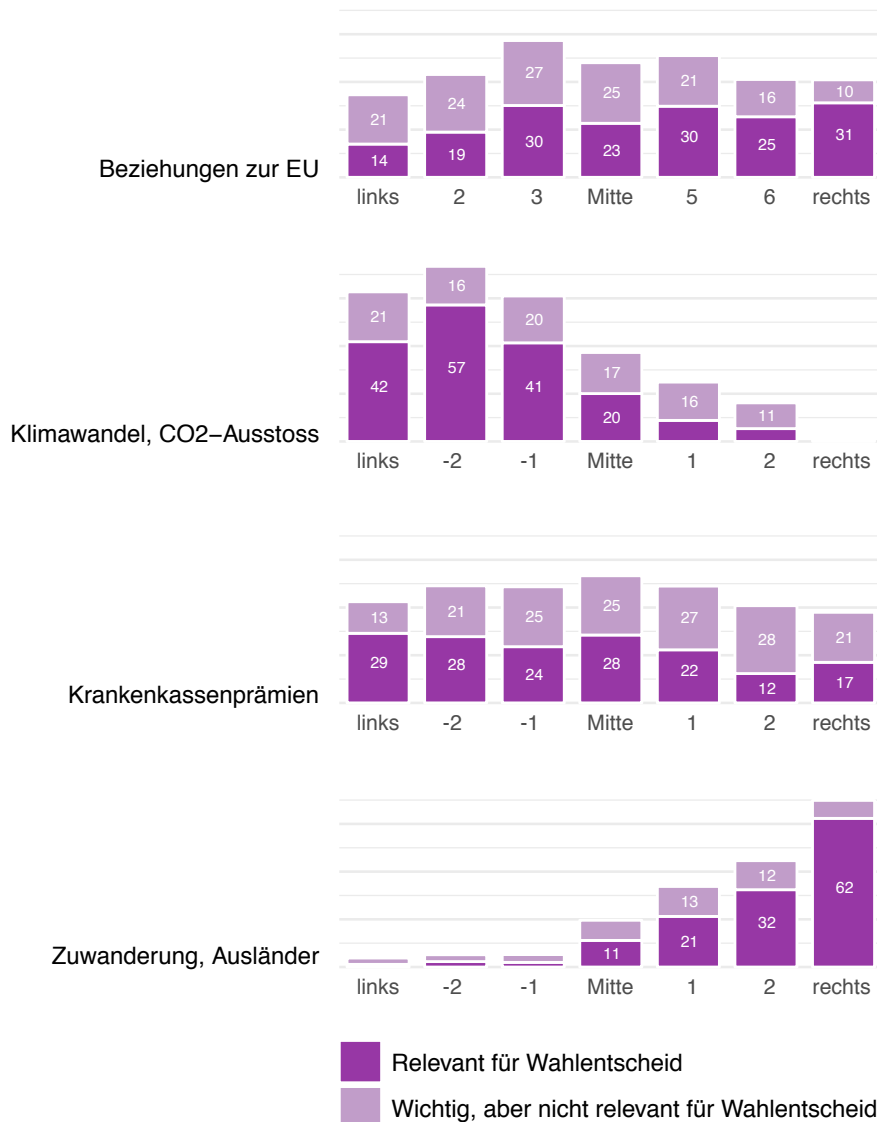


Abbildung 9: Relevantesten Herausforderungen nach Selbstpositionierung im Links-rechts-Spektrum

Die Darstellung zeigt für jede Position auf einer 7er-Skala zwischen links (-3) und rechts (3) der Anteil der Nennungen. Ebenfalls eine klare ideologische Ausprägung hat die Priorisierung der Klimapolitik. Der Klimawandel ist vor allem für Personen im Mitte-Links-Spektrum ausschlaggebend für den Wahlentscheid – rechts der Mitte ist er hierfür jedoch kaum von Bedeutung.

Anders verhält es sich mit den beiden anderen Top-Themen. Sowohl die Krankenkassenprämien als auch die Beziehungen zur EU sind für Personen aus dem ganzen politischen Spektrum relevant für den Wahlentscheid. Doch auch hier gibt es leichte Unterschiede: So sind die Krankenkassenprämien von der Mitte

bis ganz links etwas relevanter als rechts. Die Beziehungen zur EU erachten dagegen Personen, die sich leicht links oder leicht rechts der Mitte positionieren als besonders relevant. Dazu auch Personen, die ganz rechts stehen. Diese beiden Themen sind ideologisch breit gefächert, weil sie mit unterschiedlichen politischen Stossrichtungen verbunden werden. So sind die EU-Beziehungen sowohl für jene wichtig, die eine Annäherung an die EU wünschen als auch für jene, die mehr Distanz zur EU wünschen und auch beim Umgang mit den hohen Krankenkassenprämien gibt es sowohl linke als auch bürgerliche Ansätze.

2.3 Herausforderungen nach Parteiorientierung

Die Grünen haben sich nie als Ein-Thema-Partei verstanden. Dennoch spricht ihre Wählerschaft derzeit vor allem ein Thema an. Für drei von vier Befragten, die angeben die Grünen wählen zu wollen, ist der Klimawandel ein entscheidender Faktor für ihren Wahlentscheid. Es erstaunt deshalb nicht, dass mit der wachsenden Sorge über den Klimawandel, auch die Grünen im Aufwind sind.

Interessanterweise ist der Klimawandel mit 62 Prozent Nennungen auch für die Wählenden der SP aktuell das wichtigste Thema. Ausschlaggebend für den Wahlentscheid ist er jedoch nur bei 39 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen die herausfordernde Situation, in der sich die Sozialdemokraten zurzeit befinden: Ihre Basis ist sensibilisiert auf ein Thema, das von der eigenen Schwesterpartei, den Grünen, verkörpert wird. Auch wenn die SP in der Energiepolitik womöglich sogar mehr Sachkompetenz besitzt als die Grünen, ist es aus Sicht der Wählenden naheliegend, der Wichtigkeit dieser Thematik mit einer grünen Wahl Nachdruck zu verleihen. Gerade weil die beiden Parteien politisch sehr ähnlich positioniert sind, ist die Schwelle für Wechselwähler tief. Die aktuelle mediale Debatte zur Klimapolitik dreht sich vor allem um die FDP. Die Freisinnigen stemmten sich in der Wintersession zusammen mit der SVP gegen eine strengere Umsetzung des CO₂-Gesetzes. Dies dürfte dazu beitragen, dass die FDP trotz relativ grossen Wählerverlusten der SVP von 2,4 Prozentpunkten momentan nur einen Punkt zulegen kann. Im ökoliberalen Spektrum steht sie in Konkurrenz zur GLP, die momentan 1,8 Punkte gewinnt. Dennoch leiden in der Summe die «klimafreundlichen» Sozialdemokraten stärker am aktuellen «Klima-Hype» als die Freisinnigen. Denn die Klimapolitik besitzt vor allem im Mitte-Links-Spektrum eine grosse Dringlichkeit.

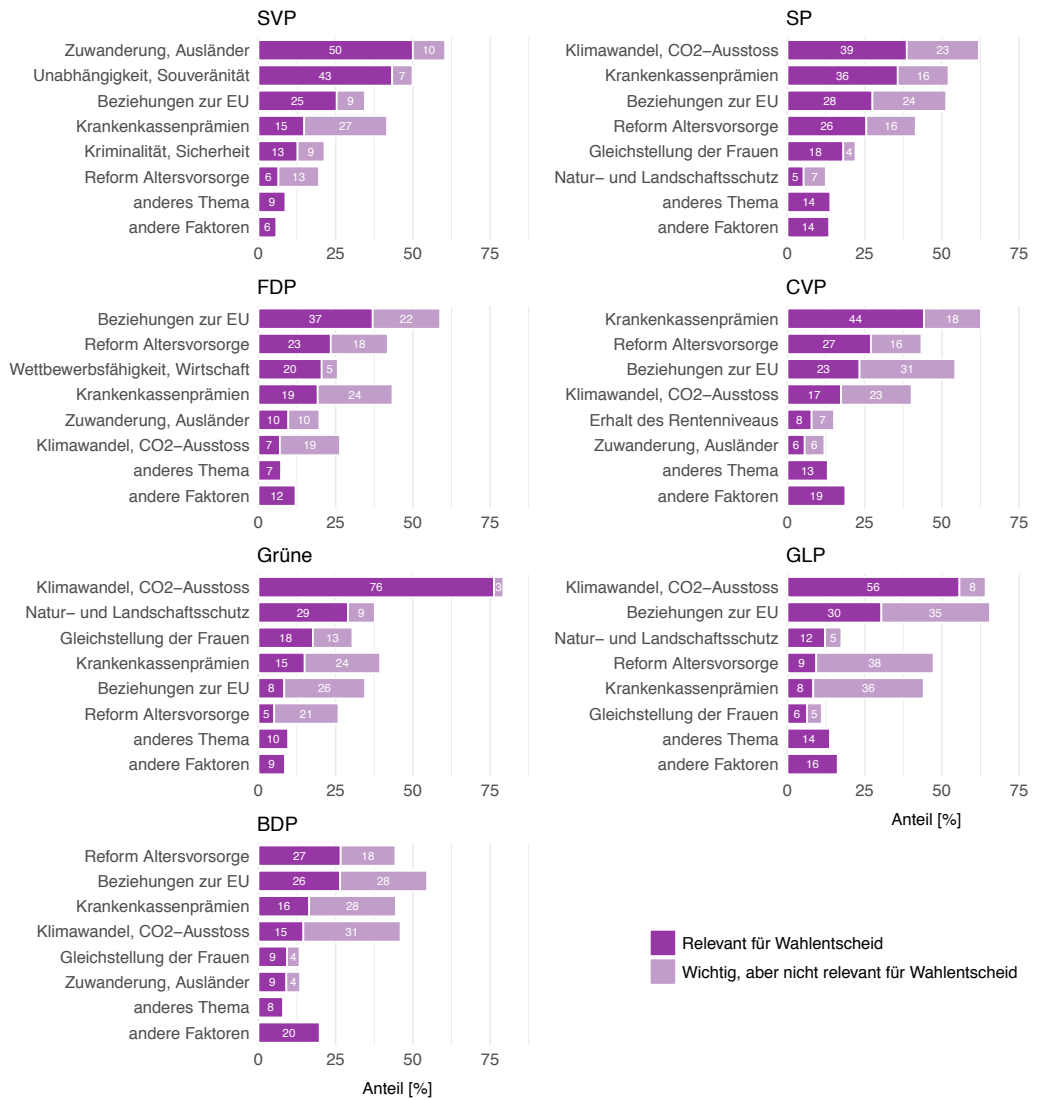


Abbildung 10: Wichtige und wahlrelevante Herausforderungen nach Parteiwählerschaften

Die Beziehungen zur EU sind aktuell das Thema mit der grössten Relevanz für den Wahlentscheid. Dies hat damit zu tun, dass dieses Thema für die Wählenden aller Parteien relativ weit oben auf der Prioritätenliste steht. Am häufigsten wird es von den Wählenden der GLP als wichtige politische Herausforderung genannt (65 %). Von der FDP-Basis wird es dagegen am häufigsten als relevanter Faktor für den Wahlentscheid genannt (37 %). Auffällig ist, dass die beiden Parteien, die in der Vergangenheit am meisten mit klaren Positionen in der Europapolitik in Verbindung gebracht wurden – SVP und SP – nicht an der Spitze stehen. Bei der SVP hat dies damit zu tun, dass hier die verwandten Themen Unabhängigkeit und Zuwanderung noch häufiger genannt wurden. Bemerkenswerter ist die Situation bei der SP. Hier rangiert die Beziehung zur EU gegenwärtig auf Platz drei. Dabei wird das Thema im Vergleich zur GLP deutlich weniger als wichtige Herausforderung genannt und im Vergleich zur FDP-Basis deutlich weniger als

relevant für den Wahlerfolg. Entscheidend für die SP-Wählerschaft sind die Krankenkassenprämien. Dies entspricht dem sozialen Profil der Partei. Auffällig ist jedoch, dass die Krankenkassenprämien von der CVP-Basis noch weit häufiger als wichtige Herausforderung und als relevant für den Wahlerfolg genannt werden als von der Wählerschaft der SP. Offensichtlich ist es den Christlichdemokraten mit einer frühen, aktiven Politik gelungen, dieses Thema für sich zu besetzen. Dies könnte durchaus ein Grund dafür sein, dass die CVP ihren Abwärtstrend zumindest für den Moment hat stoppen können.

2.4 Regionale Ausprägung

In der französischen Schweiz sind für den Wahlerfolg ganz klar die drei Top-Themen Klimawandel, KK-Prämien sowie EU-Beziehungen ausschlaggebend. Als wichtigste Herausforderung werden in der Romandie die Beziehungen zur EU gesehen. Der wichtigste Faktor für den Wahlerfolg bildet jedoch der Klimawandel: 30 Prozent der Wählenden in der französischen Schweiz geben an, dass dieser für ihren Wahlerfolg ausschlaggebend ist. In der Deutschschweiz ist ein breiteres Spektrum von Gründen für den Wahlerfolg ausschlaggebend. An erster Stelle stehen die Beziehungen zur EU, die für knapp ein Viertel der Wählenden ein wichtiger Faktor für ihren Wahlerfolg darstellen. Für je rund ein Fünftel sind aber auch die Prämien, der Klimawandel sowie die Zuwanderung entscheidungsrelevant. Immerhin 18 Prozent geben zudem an, dass die Reform der Altersvorsorge für sie ein wichtiger Wahlgrund ist.

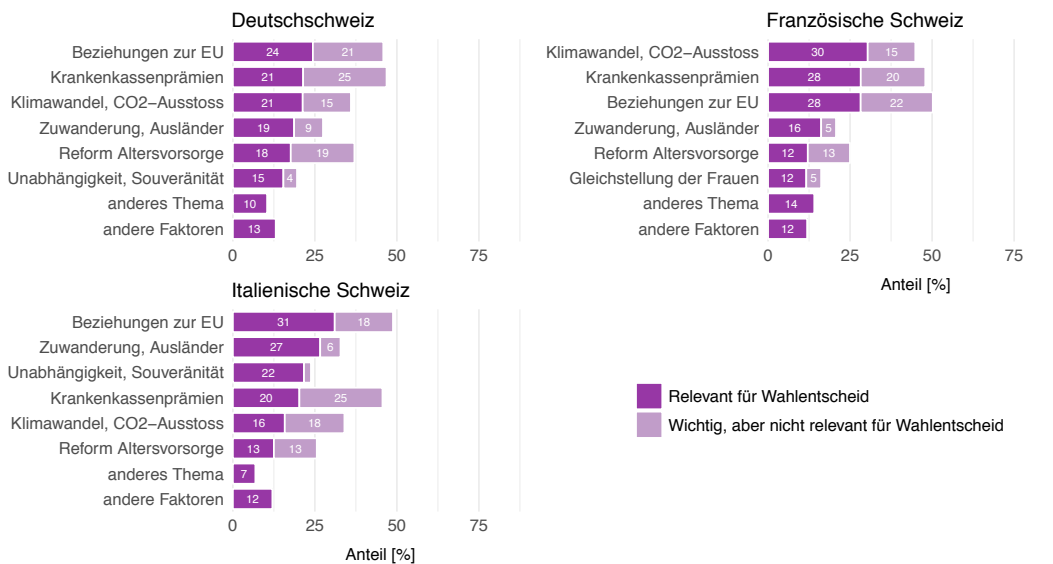


Abbildung 11: Wichtigste Herausforderungen nach Sprachregionen und Auslandschweizer/-innen

Im Tessin dreht sich gegenwärtig fast alles um das Spannungsfeld zwischen Öffnung und Abgrenzung. Die drei wichtigsten Themen für den Wahlerentscheid sind die Beziehungen zur EU, die Zuwanderung sowie die Unabhängigkeit der Schweiz. Die Krankenkassenprämien beschäftigen die Menschen in der italienischsprachigen Schweiz in ähnlichem Mass wie in den andern Sprachregionen, als Faktor für den Wahlerentscheid liegen diese jedoch nur an vierter Stelle.

3 Profil der Parteiwählerschaften

Wer sind die Wählenden der einzelnen Parteien? Wie setzen sie sich nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Wie sieht ihre ideologische Ausrichtung aus? In den folgenden Abschnitten wird das Profil der Parteiwählerschaften unter die Lupe genommen. Die sehr stabile Parteienstruktur in der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht vergleichsweise stabile Muster zeigen. Dennoch zeigen sich ein paar ungewohnte Zusammenhänge.

3.1 Demographie: Geschlecht und Alter

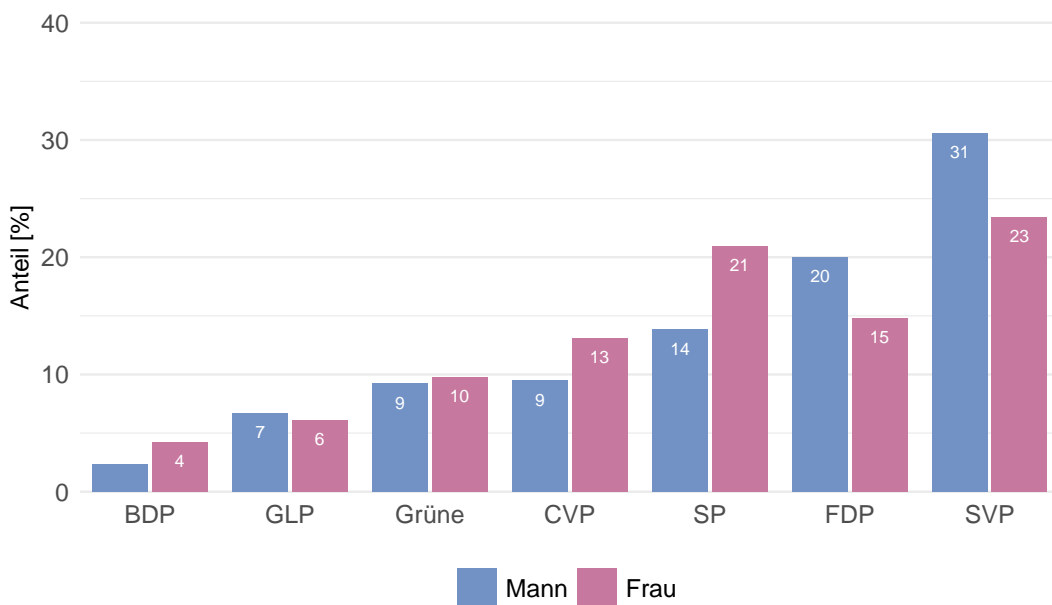


Abbildung 12: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Geschlecht

Abbildung 12 zeigt, dass Frauen gemäss aktueller Wahlabsicht etwas linker wählen als Männer. Die SP kommt auf höhere Wähleranteile bei den Frauen als bei den Männern. Auch die CVP und die BDP würden tendenziell öfters von Frauen gewählt, wenn heute Wahlen wären. Männer entscheiden sich häufiger für die SVP und die FDP als Frauen. Insbesondere die nationalkonservative Haltung der SVP spricht Männer offensichtlich mehr an als Frauen.

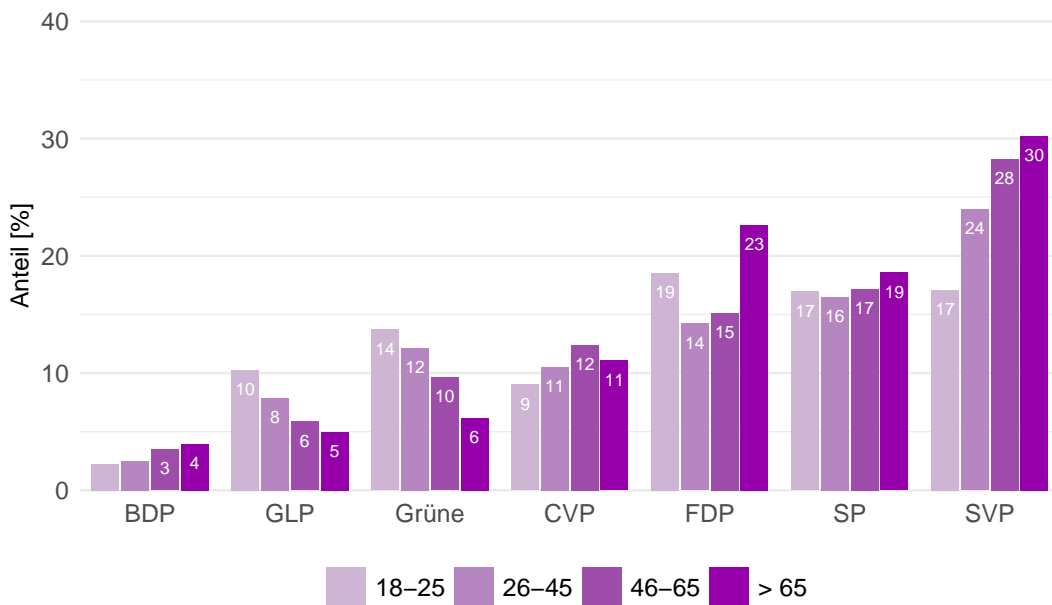


Abbildung 13: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Alter

Sowohl die Grünen als auch die Grünliberalen sprechen gegenwärtig ein besonders junges Publikum an. Ihr Wähleranteil ist bei den unter 26-Jährigen mindestens doppelt so gross wie bei den über 65-Jährigen. Eine U-förmige Altersverteilung weist die FDP auf. Sie wird besonders häufig von der jüngsten und von der ältesten Altersklasse gewählt. Bei den unter 26-Jährigen sind die Freisinnigen sogar etwas stärker als die SVP und die SP. Obwohl die FDP ansonsten vermehrt von eher älteren Personen gewählt wird, scheint sie gegenwärtig auch auf ganz junge Personen eine starke Anziehungskraft auszuüben. Die Wählerschaft der SVP ist eher älter strukturiert als die der anderen Parteien. Besonders die sehr jungen Wählenden sind sehr schwach vertreten. Die SVP scheint ihre spezielle Anziehungskraft auf junge Wählende, die sie in früheren Jahren auszeichnete, etwas eingebüsst zu haben. Auch die CVP wird tendenziell in den älteren Altersklassen häufiger gewählt, während die SP und die BDP eine eher flache Altersverteilung aufweisen, in der Tendenz aber auch eher von den älteren Altersklassen bevorzugt werden.

3.2 Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen

Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen bilden die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der Wählerschaften zeigt dabei, dass diese beiden Merkmale innerhalb der einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind.

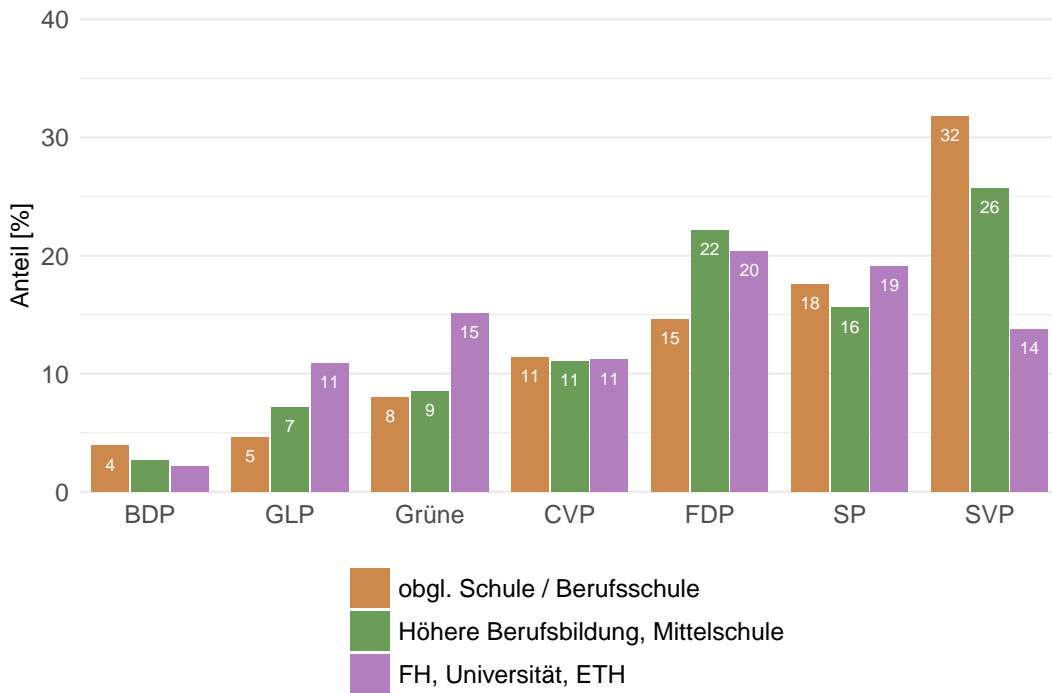


Abbildung 14: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Bildungsabschluss

Abbildung 14 zeigt den bekannten Bildungsgraben bei der SVP. Insbesondere bei Personen mit Hochschulabschluss wird sie klar unterdurchschnittlich gewählt. Ihr Wähleranteil in dieser Bildungskategorie liegt mit 14 Prozent sogar knapp unter dem der Grünen und deutlich hinter der SP und der FDP. Ein ähnlicher Bildungsgraben, wenn auch auf viel tieferem Niveau und etwas weniger prägnant, zeigt sich ebenfalls bei der BDP, während Grüne und GLP besonders einseitig von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen gewählt werden. Die FDP wird dagegen insbesondere von Wählenden in der tiefsten Bildungskategorie weniger gewählt, während die Verteilung bei der SP und insbesondere bei der CVP relativ flach ist.

Auch das Einkommen korreliert mit dem Wahlentscheid. Insbesondere bei der FDP, für die sich die Stimmberechtigten mit steigendem Einkommen immer häufiger entscheiden. Bei Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 12'000 Franken bildet die FDP mit einem Wähleranteil von 28 Prozent die klare Nummer eins. Auch die Grünliberalen werden in der höchsten Einkommensklasse deutlich häufiger gewählt als in den tieferen, bei der SP ist es gerade umgekehrt. Sie wird in der obersten Einkommensklasse weniger oft gewählt als in der untersten. Besonders stark geht die Schere zwischen Bildung und Einkommen bei den Grünen auseinander. Die Wählenden dieser Partei sind zwar überdurchschnittlich gebildet, viele von ihnen gehören jedoch auch zu der untersten Einkommensklasse.

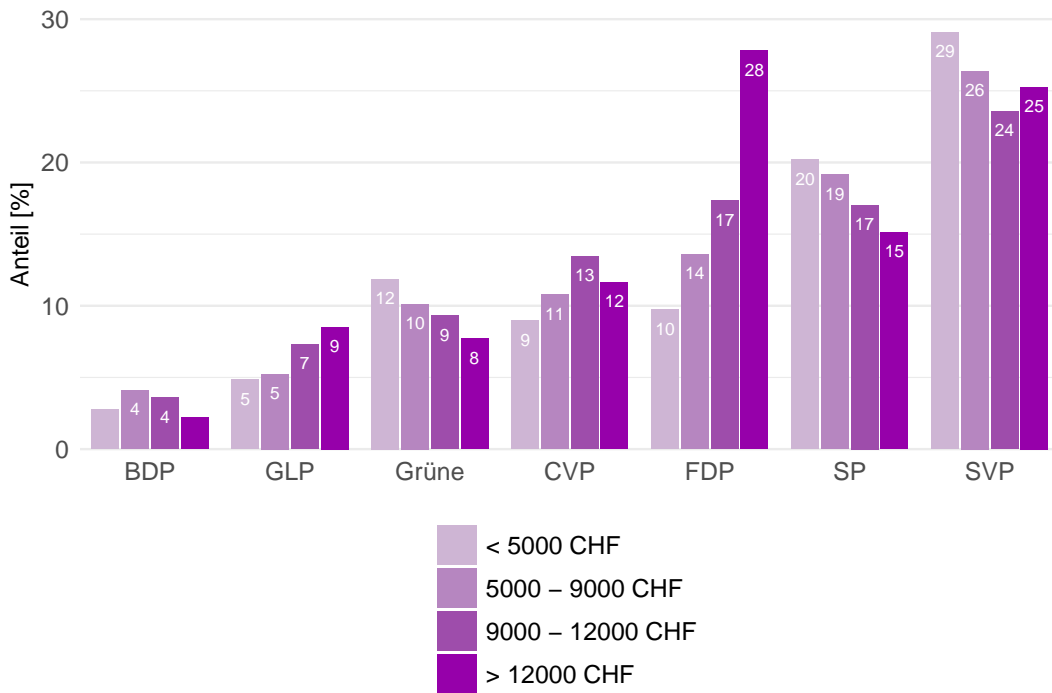


Abbildung 15: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen

Es handelt sich hier also nicht um die klassische Unterschicht, sondern eher um postmateriell orientierte Personen. Die Wählerschaft der SVP weist im Schnitt ein eher tiefes Bildungsniveau auf, was sich in der Einkommensverteilung widerspiegelt, allerdings in abgeschwächter Form. Tiefere Einkommensschichten wählen eher SVP als höhere.

3.3 Ideologische Ausrichtung

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich selber im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 16 zeigt das politische Profil der Wählenden der einzelnen Parteien. Fast identisch ist die Selbstpositionierung der Wählenden der Grünen und der SP im Spektrum zwischen links und rechts mit Werten von -1.6, beziehungsweise -1.7. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums positioniert sich mit +1,8 die durchschnittliche SVP-Anhängerschaft.

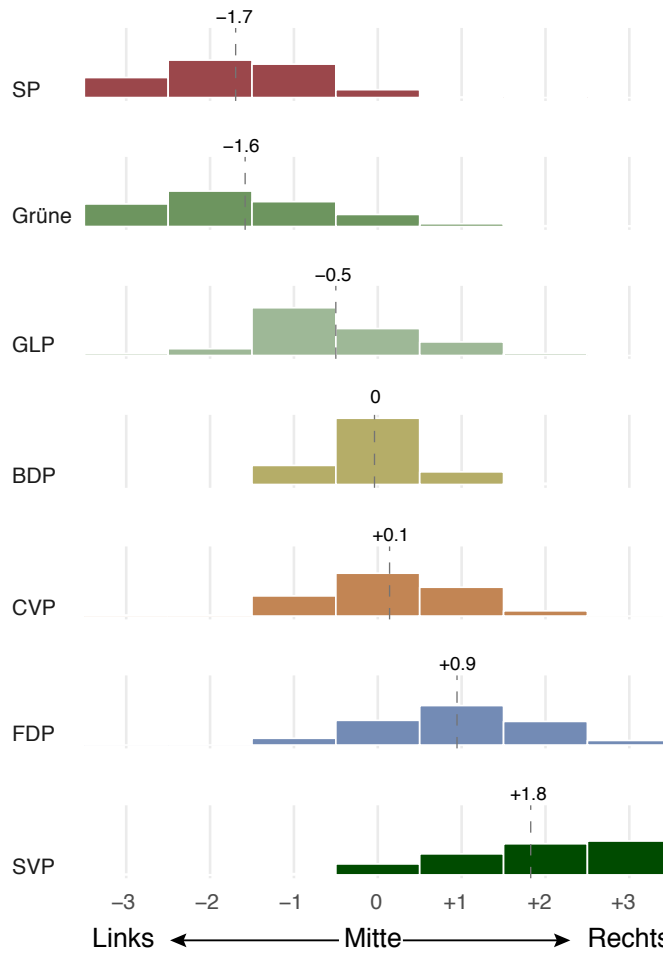


Abbildung 16: Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum

Leicht links der Mitte positioniert sich die Wählerschaft der Grünliberalen (-0,5), während die Wählerschaft der CVP im Durchschnitt bei +0,1 positioniert ist. Die Basis der CVP befindet sich damit fast genau in der politischen Mitte und genau dort, wo sich der Median-Wähler bzw. die Median-Wählerin der Schweiz befindet. Genau in der Mitte befindet sich der Median der BDP-Wählerschaft. Die FDP-Wählerschaft schliesslich positioniert sich bei +0,9 ziemlich genau zwischen CVP und SVP.

4 Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten

Der Bundesrat ist mit zwei neuen Mitgliedern ins Wahljahr gestartet. Wie beurteilen die Stimmberechtigten die damit verbundene neue Departementsverteilung? Wie schätzen sie die Machtverhältnisse im Bundesrat ein und wie sieht es aus mit den Sympathiewerten der Mitglieder der Exekutive. Neben der Beurteilung der einzelnen Bundesratsmitgliedern geht es in den folgenden Abschnitten um die grundsätzliche Einschätzung der Arbeit von Bundesrat und Parlament.

4.1 Departementsverteilung im neuen Bundesratsgremium

Im Dezember 2018 wurden mit der Freisinnigen Karin Keller-Sutter und der CVP-Politikerin Viola Amherd zwei neue Mitglieder in den Bundesrat gewählt. Die Departementsverteilung danach verlief harzig und konfliktreich. Offensichtlich war die Einteilung nicht für alle Regierungsmitglieder gleichermassen zufriedenstellend. Doch wie wird diese Departementsverteilung von der Stimmbevölkerung wahrgenommen?

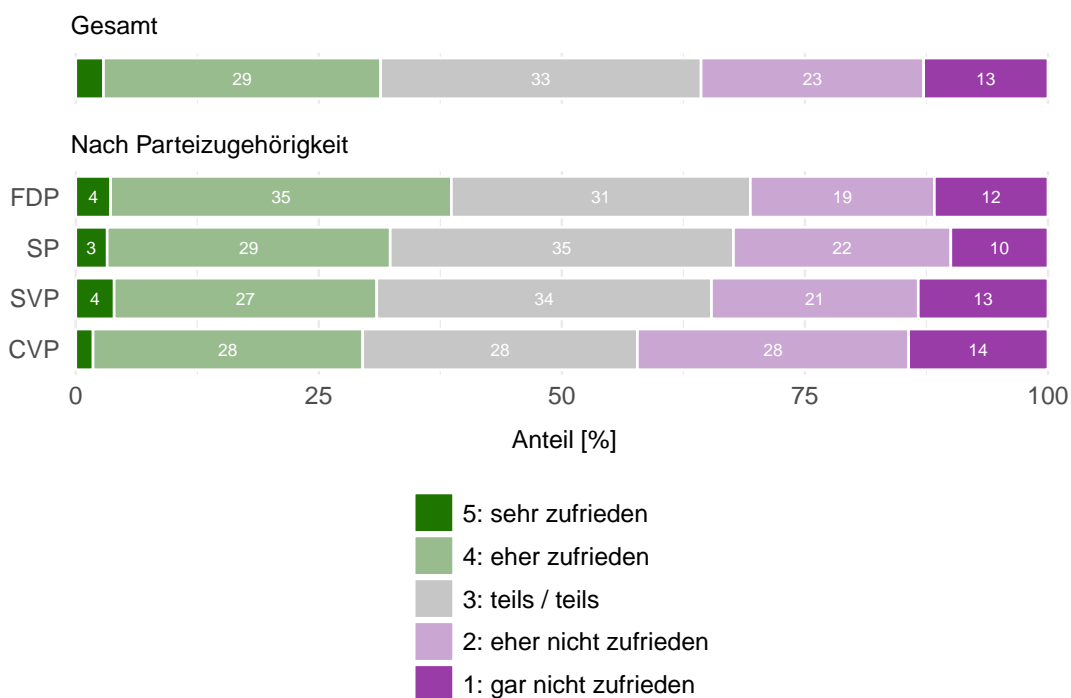


Abbildung 17: Zufriedenheit mit der Departementsverteilung im neuen Bundesratsgremium

Knapp ein Drittel der Stimmberechtigten ist zufrieden mit der Zuteilung der Departemente. Etwas mehr als ein Drittel ist unzufrieden und ein letztes Drit-

tel steht der Einteilung neutral gegenüber. Unter den Anhängerschaften der Bundesratsparteien zeigt sich die freisinnige Basis am zufriedensten mit der Departementsverteilung. Am wenigsten zufrieden sind die Wählenden der CVP. Doch auch hier ist nur eine, wenn auch starke, Minderheit von 42 Prozent unzufrieden.

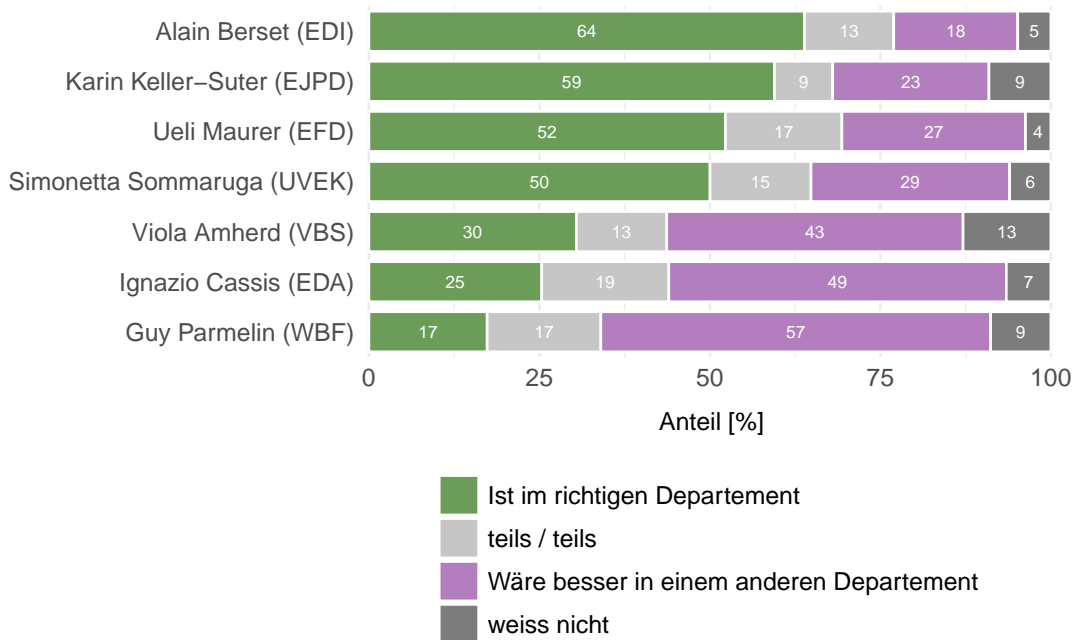


Abbildung 18: Beurteilung der Eignung der Bundesrätinnen und -räte für ihr jeweiliges Departementen

Geht es um die Departemente der einzelnen Bundesratsmitglieder sind die Meinungen der Befragten recht klar: Eine Mehrheit ist der Ansicht, dass Alain Berset, Karin Keller-Sutter, Ueli Maurer sowie bei Simonetta Sommaruga im richtigen Departement sind. Besonders überzeugen kann offenbar Alain Berset als Innenminister. Fast zwei Drittel der Befragten sehen ihn im richtigen Departement – nur 18 Prozent sind der gegenteiligen Meinung. Auch die Zuteilung von Karin Keller-Sutter ins EJPD kommt bei den Befragten gut an. Sie hatte zwar noch wenig Zeit sich darin zu beweisen, aber offenbar wirkt der Ruf immer noch nach, den sie sich als St. Galler Justizdirektorin erworben hat.

Von der Departementszuteilung von Viola Amherd, Ignazio Cassis sowie Guy Parmelin ist dagegen keine Mehrheit überzeugt. Besonders skeptisch wird dabei Guy Parmelin als Wirtschaftsminister gesehen. Nur 17 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass der SVP-Bundesrat ins richtige Departement gewechselt hat.

4.2 Einfluss und Sympathie der Bundesratsmitglieder

Aus Sicht der Stimmberechtigten ist Alain Berset (SP) der Bundesrat mit dem grössten, politischen Einfluss. 56 Prozent der Befragten zählen ihn zu den zwei einflussreichsten Bundesratsmitgliedern, nur 9 Prozent zu jenen zwei mit dem geringsten Einfluss. Im Einfluss-Ranking nur wenig hinter Berset folgt Finanzminister Ueli Maurer (SVP). Damit gilt ein Vertreter der linken und einer der rechten Polpartei in der Bevölkerung als besonders einflussreich. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass die Mehrheiten im Rat nicht durch die Polparteien SP und SVP, sondern durch die Scharnierparteien FDP und CVP gemacht werden. Gemessen an ihrer Position in der linken Minderheit schneiden insbesondere die Sozialdemokraten gut ab. Hinter Berset und Maurer besetzt Simonetta Sommaruga den dritten Platz im Einfluss-Ranking. Demgegenüber fällt die klassische Regierungspartei FDP mit den Plätzen vier und fünf fast etwas ab. Der vierte Platz von Karin Keller-Sutter kann allerdings durchaus auch positiv gelesen werden: Sie wurde eben erst in den Bundesrat gewählt und platziert sich bereits im Mittelfeld, während die andere Neugewählte, Viola Amherd, noch einiges an Überzeugungsarbeit leisten muss. Aus Sicht der FDP eher kritisch ist, dass Aussenminister Ignazio Cassis auch anderthalb Jahre nach seiner Wahl in den Bundesrat es noch nicht geschafft hat, sich als Ratsmitglied mit besonderem Einfluss zu positionieren. Abgeschlagen am Schluss liegt jedoch Guy Parmelin, dem 63 Prozent der Befragten attestieren, wenig Einfluss zu besitzen und den kaum jemand zu den besonders Einflussreichen zählt.

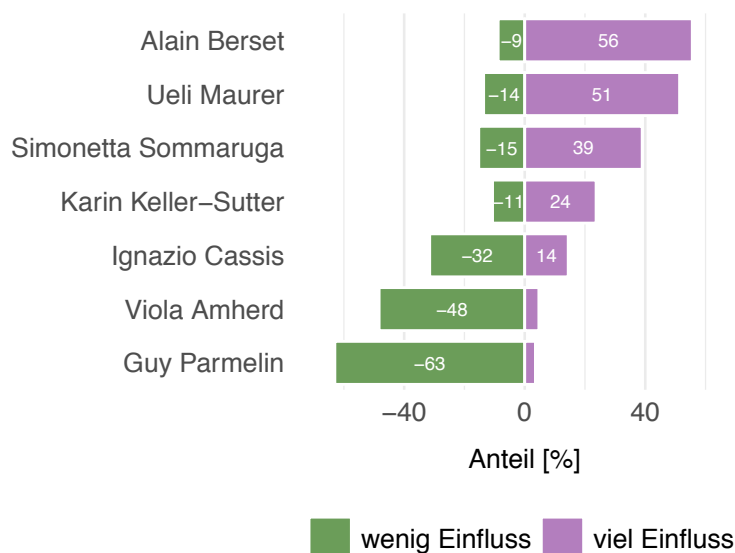


Abbildung 19: Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder

Das Einfluss-Ranking der einzelnen Parteilanhängerschaften zeigt, dass sich die Einschätzung im politischen Spektrum nicht grundlegend unterscheidet. So schreiben auch die Wählenden der FDP Ignazio Cassis nur unterdurchschnittlichen Einfluss zu und auch die SVP-Basis zählt Guy Parmelin zu den Bundesräten mit dem geringsten Einfluss.

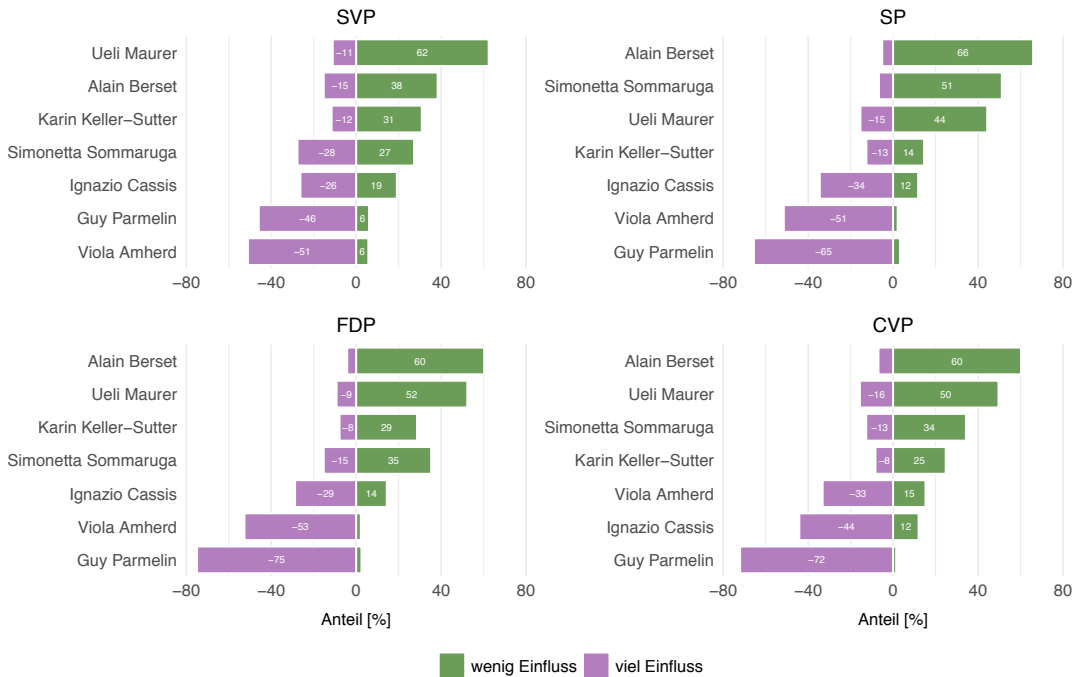


Abbildung 20: Einschätzung des Einflusses, den die einzelnen Bundesratsmitglieder ausüben können. Nach Parteiwählerschaft.

Alain Berset gilt unter den Befragten nicht nur als der Einflussreichste im Bundesrat. Er erhält auch die grössten Sympathiewerte. Guy Parmelin schneidet dagegen sowohl im Einfluss- als auch in Sympathie-Ranking schlecht ab. Noch schlechtere Sympathiewerte hat nur Ignazio Cassis, der es offenbar schaffte, viele Wählende vor den Kopf zu stossen. Nicht immer stimmt jedoch das Sympathie-Ranking mit den Einfluss-Ranking überein: So zählen Karin Keller-Sutter und Viola Amherd zu den besonders sympathischen, obwohl insbesondere letztere als wenig einflussreich eingeschätzt wird. Ueli Maurer dagegen hat einen Spitzenplatz in Bezug auf seinen Einfluss, nicht jedoch, wenn es um Sympathie geht.

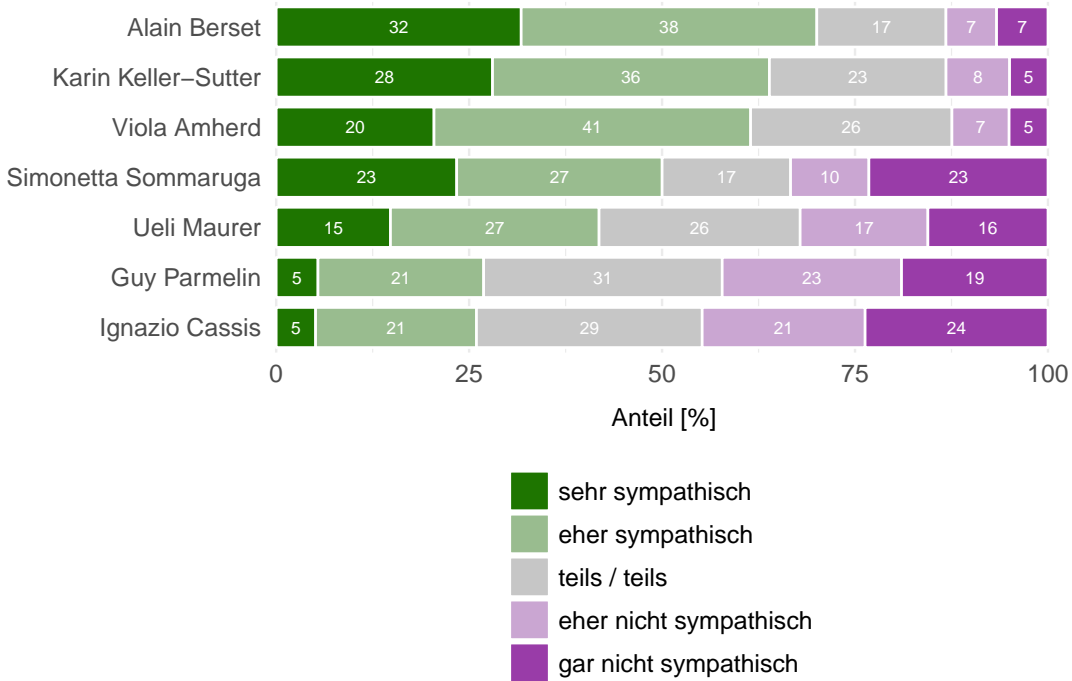


Abbildung 21: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie

Anders als das Einfluss-Ranking unterscheidet sich das Sympathie-Ranking relativ deutlich zwischen den Wählenden der Parteien. Bei allen vier Bundesratsparteien liegt ein Bundesrat der eigenen Partei an der Spitze.



Abbildung 22: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie. Nach Parteiwählerschaft.

4.3 Zufriedenheit mit dem Ständerat am grössten

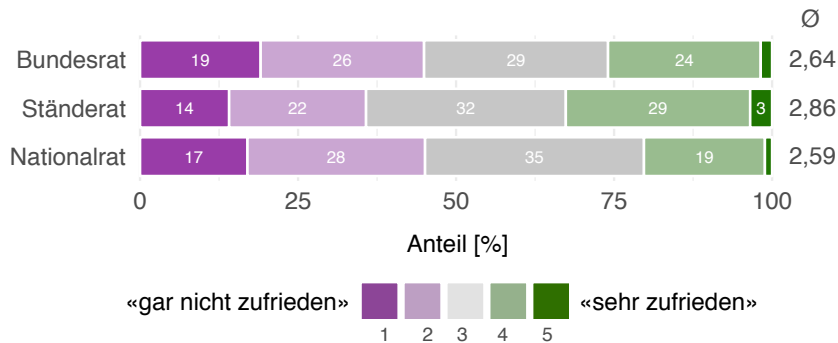


Abbildung 23: Zufriedenheit mit der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur

Gegenwärtig ist die Stimmbevölkerung mit der Arbeit des Ständerats am meisten zufrieden. Abbildung 23 zeigt die Einschätzung der Arbeit des Bundesrats und der beiden Parlamentskammern auf einer Skala von 1: «gar nicht zufrieden» bis 5: «sehr zufrieden». Während der Ständerat einen Durchschnittswert von 2,86 erreicht, liegt der Wert des Nationalrats bei 2,59 – dies ist der tiefste Wert der drei Kammern. Im Vergleich zum letzten Wahlbarometer vom Herbst 2018 hat

sich insbesondere die Wahrnehmung des Bundesrats verändert. Wurde dessen Arbeit vor vier Monaten ähnlich (gut) wie jene des Ständerats eingeschätzt, liegt er nun näher beim Nationalrat.

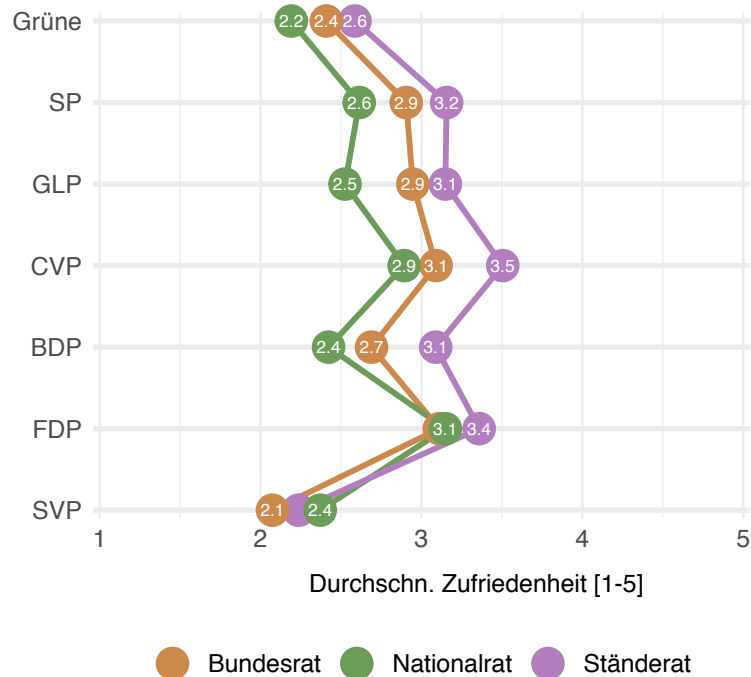


Abbildung 24: Beurteilung der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur; nach Parteien

Doch wie zufrieden sind die Wähler und Wählerinnen einzelner Parteien mit der Arbeit von Bundesrat und Parlament? In Abbildung 24 wird ersichtlich, dass die Arbeit des Nationalrats bei Wählenden fast aller Parteien vergleichsweise am schlechtesten eingeschätzt wird. Einzig bei der Wählerschaft der SVP verhält sich dies umgekehrt. Dort kommen wiederum der Bundes- und der Ständerat verhältnismässig schlecht weg. Dies überrascht nicht, da die SVP besonders im Nationalrat stark vertreten ist. Spannend ist auch, dass insbesondere die Wähler und Wählerinnen der Polparteien (Grüne und SVP) im Durchschnitt die Arbeit aller drei Gremien etwas schlechter einschätzen als die Basis der restlichen Parteien.

4.4 Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte

Wie schätzen die Wählenden die politische Ausrichtung der gewählten Behörden heute ein? Die Befragten wurden gebeten, die aktuelle politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern sowie der des Bundesrats einzuschätzen. Sind diese eher zu links, eher zu rechts oder politisch gerade richtig ausgerichtet?

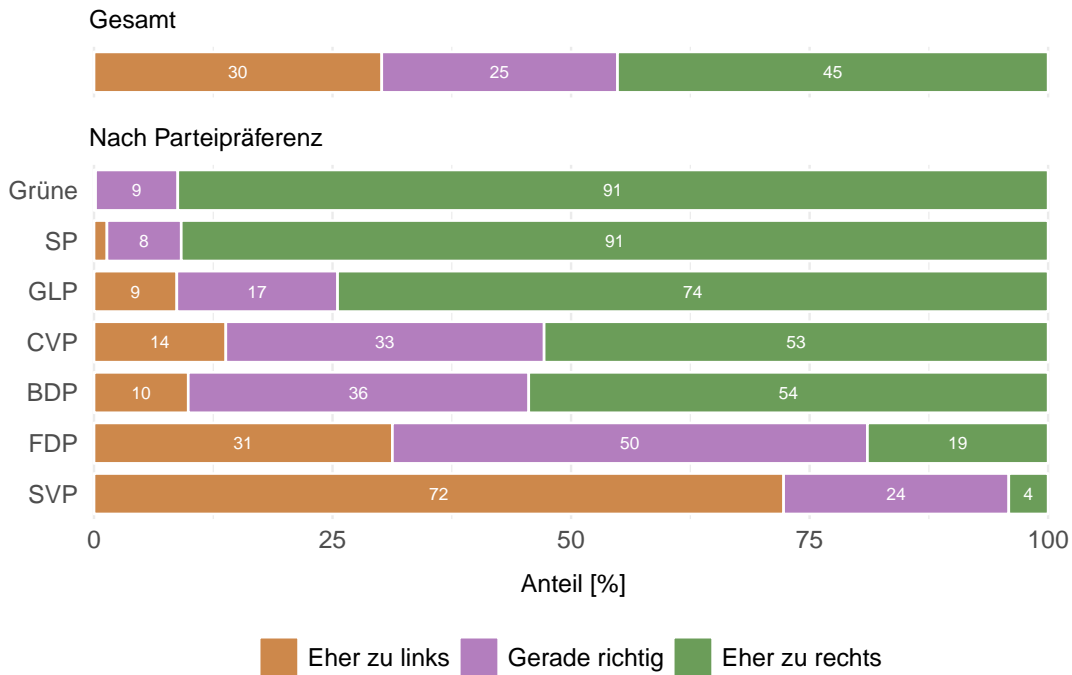


Abbildung 25: Beurteilung der ideologischen Position des Nationalrats; nach Parteien

Für 45% der Wählenden ist der Nationalrat in der laufenden Legislatur politisch eher zu rechts ausgerichtet. 30% sind der Ansicht, er politisiere eher zu links. Nur gerade ein Viertel sind der Meinung, dass die politische Ausrichtung gerade richtig ist.

Wenig erstaunlich ist, dass unter den Wählenden der Polparteien der Nationalrat jeweils in grossen Mehrheiten als zu rechts (SP, Grüne) oder als zu links (SVP) wahrgenommen wird. Trotzdem findet noch ein Viertel der SVP Wählenden, der Nationalrat sei politisch gerade richtig ausgerichtet. Dieser Anteil ist bei SP (8%) und Grünen (9%) jeweils sehr viel kleiner. Dies deckt sich auch damit, dass Wählende der Mitteparteien GLP, CVP und BDP den Nationalrat auch mehrheitlich als zu rechts ausgerichtet erachten. Einzig in der FDP-Basis, die in der aktuellen Legislatur am häufigsten die Rolle der Mehrheitsmacherin im Nationalrat wahrnimmt, ist die Hälfte zufrieden mit der politischen Ausrichtung des Nationalrats.

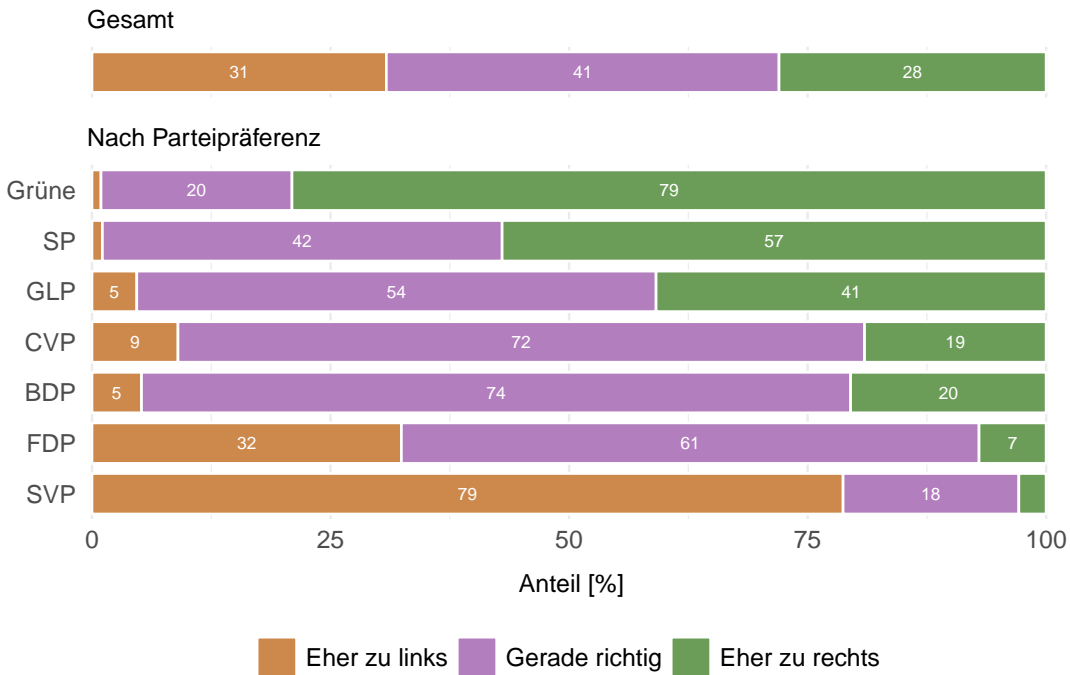


Abbildung 26: Beurteilung der ideologischen Position des Ständerats; nach Parteien

Anders als im Nationalrat macht im Ständerat immer noch klar die Mittepartei CVP die Mehrheit. Aufgrund der Personenwahl ist hier die SVP schwächer vertreten als im Nationalrat. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Stimmberechtigten die politische Ausrichtung des Ständerats anders einschätzen als die des Nationalrats. Nur 28 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass der Ständerat zu rechts positioniert ist. Dennoch gilt nicht der Umkehrschluss: Während 30 Prozent den Nationalrat als zu links einschätzen, tun dies beim Ständerat nur unwesentlich mehr (31 %). Das auf der rechten Seite häufig gezeichnete Bild des «linken Ständerats» verfängt hauptsächlich bei der SVP-Basis. Von den SVP-Wählenden stimmen dieser Aussage 79 Prozent zu. Obwohl sich die FDP im Ständerat aufgrund der Mehrheitsverhältnisse weniger leicht durchsetzen kann als im Nationalrat, gibt nur knapp ein Drittel der Wählenden der FDP an, der Ständerat sei zu links. Es sind praktisch gleichviele wie jene, die angeben, der Nationalrat sei zu links. Auffällig ist, dass mit 41 Prozent vergleichsweise viele angeben, der Ständerat sei genau richtig positioniert. Offensichtlich wird die kleine Kammer als weniger ideologisch wahrgenommen als die grosse.

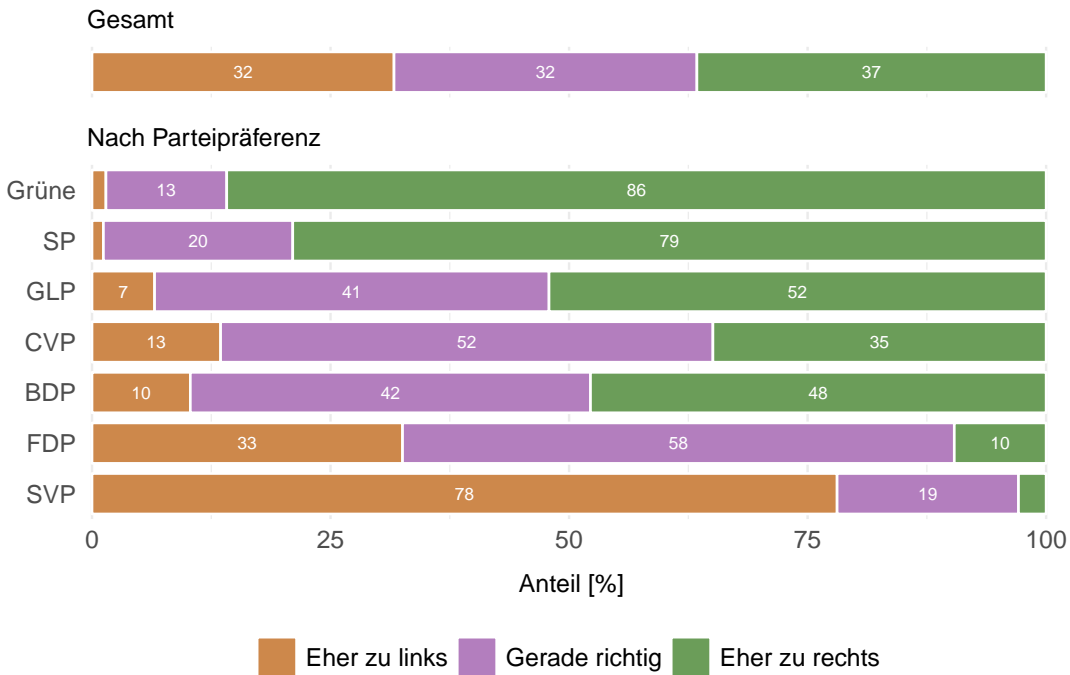


Abbildung 27: Beurteilung der ideologischen Position des Bundesrats; nach Parteien

Der Bundesrat nimmt in der Beurteilung durch die Befragten gewissermassen eine Mittelstellung zwischen Nationalrat und Ständerat ein. Er wird häufiger als zu rechts ausgerichtet (37 %) als zu links politisierend (32 %) eingeschätzt. Diese Asymmetrie bestand beim letzten Wahlbarometer im Herbst noch nicht. Dies deutet darauf hin, dass der neu zusammengesetzte Bundesrat als rechter wahrgenommen wird. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Ansicht, der Bundesrat sei zu rechts, weit von einer Mehrheitsmeinung entfernt ist (anders als die Ansicht, der Nationalrat sei zu rechts).

5 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zum SRG SSR Wahlbarometer fand zwischen dem 1. und dem 7. Februar 2019 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 12'085 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

